

INNENBEREICHSSATZUNG STADT RAGUHN-JESSNITZ, OT MARKE

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB
der im Rahmen der öffentlichen Auslegung und
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
eingegangenen Stellungnahmen

MÄRZ 2021

TABELLARISCHE ZUSAMMENFASSUNG

1. Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden im Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB

Beteiligung vom 08.02.2021 – 08.03.2021 mit Schreiben vom 04.02.2021

Lfd. Nr. ¹	TÖB/Nachbargemeinde	Stellungnahme vom	ohne Stellungnahme	keine Einwände	Einwände oder Hinweise wurden z. K. genommen		
					und berücksichtigt	und nicht berücksichtigt	sind aber nicht abwägungsrelevant
1	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr	16.02.2021		X			
2	Landesverwaltungsamt Halle						
	Ref. 404 – Wasser	19.02.2021		X			
	Referat 407 – Naturschutz, Landschaftspflege	17.02.2021		X			
3	LA für Denkmalpflege und Archäologie, Abt. Archäologie	11.02.2021			X		X
	LA für Denkmalpflege und Archäologie, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege		X				
4	LA für Geologie und Bergwesen	11.02.2021		X			
5	Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt	11.02.2021		X	X		
6	Regionale Planungsgemeinschaft A-B-W	22.02.2021		X			
7	Landkreis Anhalt-Bitterfeld	03.03.2021		X	X	X	
8	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt	05.03.2021		X	X		
9	Biosphärenreservatsverwaltung Mittelelbe	23.02.2021		X			
10	Polizeiinspektion Dessau-Roßlau	02.03.2021		X			
11	MITNETZ Strom mbH	30.04.2021		X			
12	Gesellschaft für Dokumentation und Telekommunikation mbH (GDMcom)	17.02.2021		X			
13	Deutsche Telekom Technik GmbH	16.02.2021		X	X		

¹ Lfd. Nr. entsprechend Inhaltsverzeichnis

Lfd. Nr. ²	TÖB/Nachbargemeinde	Stellungnahme vom	ohne Stellungnahme	keine Einwände	Einwände oder Hinweise wurden z. K. genommen		
					und berücksichtigt	und nicht berücksichtigt	sind aber nicht abwägungsrelevant
14	MITNETZ Gas mbH	05.03.2021		X			
15	GASCADE Gastransport GmbH	17.02.2021		X			
16	50Hertz Transmission GmbH	19.02.2021		X			
17	Abwasserzweckverband "Westliche Mulde"	10.02.2021		X			
18	AWZV Raguhn-Zörbig	15.02.2021		X	X		
19	Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH	15.02.2021		X			
20	Stadt Dessau-Roßlau	03.03.2021		X			
	Stadt Gräfenhainichen		X				
21	Stadt Bitterfeld-Wolfen	04.03.2021		X			
22	Stadt Südliches Anhalt	15.02.2021		X			
	Stadt Zörbig		X				
23	Gemeinde Muldestausee	19.02.2021		X			

² Lfd. Nr. entsprechend Inhaltsverzeichnis

2. Stellungnahmen der Öffentlichkeit im Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB

Öffentlichkeitsbeteiligung vom 08.02.2021 – 08.03.2021

Im Folgenden ist aus Datenschutzgründen anstelle des Namens und der Anschrift des Bürgers/Dritten jeweils eine Nummer angegeben. Anhand dieser Nummer sind der Name und die Anschrift des jeweiligen Bürgers/Dritten aus der Namens- und Adressliste zu ersehen, die dieser Vorlage als Anhang – **aus Datenschutzgründen, soweit erforderlich, nicht zur Veröffentlichung freigegeben!** – beigelegt ist.

keine

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<u>INHALTSVERZEICHNIS</u>	
Stellungnahme 1	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr LSA, Magdeburg vom 16.02.2021 6
Stellungnahme 2	Landesverwaltungsamt Halle 7
Stellungnahme 3	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Halle vom 11.02.2021 8
Stellungnahme 4	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Halle vom 25.02.2021 12
Stellungnahme 5	Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, vom 11.02.2021 13
Stellungnahme 6	Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg vom 22.02.2021 14
Stellungnahme 7	Landkreis Anhalt-Bitterfeld vom 03.03.2021 16
Stellungnahme 8	Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt, Dessau-Roßlau vom 05.03.2021 25
Stellungnahme 9	Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe, Dessau-Roßlau vom 23.02.2021 27
Stellungnahme 10	Polizeiinspektion Dessau-Roßlau, Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld vom 02.03.2021 28
Stellungnahme 11	MITNETZ Strom mbH vom 30.04.2021 - VERSPÄTET 28
Stellungnahme 12	GDMcom mbH, Leipzig vom 17.02.2021 29
Stellungnahme 13	Deutsche Telekom Technik GmbH, Halle vom 16.02.2021 32
Stellungnahme 14	MITNETZ Gas mbH, Halle (Saale) vom 05.03.2021 34
Stellungnahme 15	GASCADE Gastransport GmbH, Kassel vom 17.02.2021 35
Stellungnahme 16	50Hertz Transmission GmbH, Berlin vom 19.02.2021 35
Stellungnahme 17	Abwasserzweckverband (AZV) Westliche Mulde, Bitterfeld-Wolfen vom 10.02.2021 36
Stellungnahme 18	Abwasserzweckverband Raguhn-Zörbig vom 15.02.2021 37
Stellungnahme 19	Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH, Bitterfeld-Wolfen vom 15.02.2021 38
Stellungnahme 20	Stadt Dessau-Roßlau vom 03.03.2021 39
Stellungnahme 21	Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 04.03.2021 39
Stellungnahme 22	Stadt Südliches Anhalt vom 15.02.2021 40
Stellungnahme 23	Gemeinde Muldestausee vom 19.02.2021 40

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Stellungnahme 1</p> <p>Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr LSA, Magdeburg vom 16.02.2021</p> <p>Im Rahmen der Behördenbeteiligung gingen der obersten Landesentwicklungsbehörde mit Posteingang vom 10. Februar 2021 die Unterlagen zu dem o. g. Vorhaben zur landesplanerischen Abstimmung nach § 13 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) zu. Diese habe ich zuständigkeitshalber der unteren Landesentwicklungsbehörde des Landkreises Anhalt-Bitterfeld zur weiteren Bearbeitung übergeben.</p> <p>Die von mir veranlasste Abgabe basiert auf den Regelungen des am 11.12.2018 wirksam gewordenen Runderlasses über die Zusammenarbeit der obersten Landesentwicklungsbehörde mit den unteren Landesentwicklungsbehörden im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung nach dem LEntwG LSA (RdErl. des MLV vom 1.11.2018-24-20002-01).</p> <p>Entsprechend Runderlass gehört dieses Vorhaben zu den unter Pkt. 3.3 Abs. 1 a) - p) genannten Maßnahmen/Planungen, die von der Vorlage bei der obersten Landesentwicklungsbehörde ausgenommen sind.</p> <p>Für zukünftige Vorhaben bitte ich, die hier geregelten Zuständigkeiten zu beachten</p>	<p>Anlage 1</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr LSA, Magdeburg vom 16.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr LSA, Magdeburg wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme der Übergabe der Entwurfsunterlagen zur Innenbereichssatzung an die untere Landesentwicklungsbehörde. Diese wurde am Planverfahren beteiligt, eine Stellungnahme liegt vor und wurde berücksichtigt.</p> <p>Die genannten Regelungen des Runderlasses über die Zusammenarbeit der obersten Landesentwicklungsbehörde mit der unteren Landesentwicklungsbehörde im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung wird zur Kenntnis genommen. Sie ist der Stadt Raguhn-Jeßnitz bekannt und wird bei weiteren Planverfahren entsprechend Berücksichtigung finden.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>➤ Hinweis zur Datensicherung</p> <p>Die oberste Landesentwicklungsbehörde führt gemäß § 16 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) das Raumordnungskataster (ROK) des Landes Sachsen-Anhalt. Die Erfassung aller in Kraft gesetzten Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen ist u. a. Bestandteil des ROK. Ich bitte Sie daher, das MLV, Referat 44, von der Genehmigung/Bekanntmachung des o. g. Vorhabens durch Übergabe einer Kopie der Bekanntmachung und der in Kraft getretenen Planung einschließlich der Planbegründung, vorzugsweise durch Übergabe der Pläne in digitaler Form im Shape-Format per E-Mail an Grit.Hartmann@sachsen-anhalt.de, in Kenntnis zu setzen.</p>	<p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird nach Abschluss des Verfahrens die oberste Landesentwicklungsbehörde von der Bekanntmachung der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke in Kenntnis setzen und eine Kopie der bekannt gemachten Planung übergeben.</p>
<p>Stellungnahme 2</p> <p>Landesverwaltungsamt Halle</p> <p>Referat 404 – Wasser vom 19.02.2021</p> <p>Ich teile Ihnen mit, dass mit der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz im Ortsteil Marke keine wahrzunehmenden Belange in Zuständigkeit des Referates 404 – Wasser berührt werden.</p>	<p>Anlage 2</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Landesverwaltungsamtes Halle.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen der Referate wie folgt beachten:</p> <p>Seitens der Stadt Raguhn-Jeßnitz erfolgt die Kenntnisnahme, dass die wahrzunehmenden Belange des Referates 404 – Wasser vom Entwurf der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, Ortsteil Marke nicht berührt werden.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Referat 407 – Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltbildung vom 17.02.2021</p> <p>Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die hier benannte Satzung vertritt die Naturschutzbehörde des Landkreises Anhalt – Bitterfeld.</p> <p>Hinweis: Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf § 19 BNatSchG i. V. m. dem Umweltschadensgesetz (vom 10. Mai 2007, BGBl. I S. 666) sowie auf die §§ 44 und 45 BNatSchG.</p>	<p>Die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Anhalt-Bitterfeld wurde am Planverfahren beteiligt. Eine Stellungnahme liegt der Stadt Raguhn-Jeßnitz vor und wurde berücksichtigt.</p> <p>Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht werden durchgängig auch beim Vollzug der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke beachtet. Die hierzu aufgeführten Rechtsgrundlagen sind der Stadt Raguhn-Jeßnitz bekannt.</p>
<p><u>Stellungnahme 3</u></p> <p>Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Halle vom 11.02.2021</p> <p>... anbei erhalten Sie die Teilstellungnahme der Abteilung Bodendenkmalpflege. Die Teilstellungnahme der Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege geht ihnen ggf. gesondert zu.</p> <p>Im Bereich des geplanten Vorhabens befinden sich gemäß § 2 DenkmSchG LSA archäologische Kulturdenkmale (<i>eine ur- und frühgeschichtliche Siedlung</i>): weitere archäologische Kulturdenkmale befinden sich im unmittelbaren Umfeld der geplanten Maßnahme (<i>jungsteinzeitliche Fundstellen; ur- und frühgeschichtliche Siedlungen und Befestigungen</i>). Ihre annähernde Ausdehnung geht aus der beigelegten Anlage hervor.</p>	<p>Anlage 3</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Halle – Archäologie vom 11.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Halle - Archäologie wie folgt beachten:</p> <p>Die sehr umfangreich ausgreifenden Darstellungen zu den bodendenkmalpflegerischen Verhältnissen im Plangebiet der Einbeziehungssatzung werden entsprechend im gebotenen Umfang zur Planfassung für den Satzungsbeschluss in die Begründung integriert. Die mitgesandte Kartendarstellung wird Anlage der Begründung zum Satzungsbeschluss.</p> <p>Das öffentliche Interesse an einem sorgsamem Umgang mit den bekannt gegebenen archäologischen Verhältnissen im Plangebiet stellt sich für die</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Die Fundstellen im Vorhabensbereich besitzen, wie unten stehend erläutert, eine sehr hohe Qualität und Integrität. Die geplanten Maßnahmen führen zu erheblichen Eingriffen, Veränderungen und Beeinträchtigungen der Kulturdenkmale. Gemäß § 1 und § 9 DenkmSchG LSA ist die Erhaltung der durch o. g. Baumaßnahme tangierten archäologischen Kulturdenkmale im Rahmen des Zumutbaren zu sichern (substanzielle Primärerhaltungspflicht). Aus archäologischer Sicht kann dem Vorhaben dennoch zugestimmt werden, wenn gemäß § 14 (9) DenkmSchG LSA durch Nebenbestimmungen gewährleistet ist, dass das Kulturdenkmal in Form einer fachgerechten Dokumentation der Nachwelt erhalten bleibt (Sekundärerhaltung).

Im Bereich Raguhn bildet die Mulde die östliche Grenze des sogenannten Altsiedellandes, das aufgrund seiner außergewöhnlich fruchtbaren Böden seit der frühesten Sesshaftwerdung der Menschheit in der Jungsteinzeit vor ca. 7.500 Jahren besiedelt worden ist. Dies bedeutet, dass sich westlich der Mulde die ersten Ackerbauern und Viehzüchter niederließen - so auch im Betrachtungsraum nachweisbar -, als zeitgleich noch nomadische Jäger- und Sammlerkulturen durch die breite Flussaue zogen. Kulturgeographisch betrachtet bildet die Region somit den Übergangsbereich zwischen den zeitgleich existierenden, nomadisch lebenden Gruppen der Mittelsteinzeit im Norden bis zu Ostsee und den im südlichen Mitteldeutschland erstmals nachweisbaren, sesshaften Gruppen der Jungsteinzeit. In diesen Übergangsregionen werden am ehesten die Vorgänge fassbar, die nach Jahrhunderten nomadischer Lebensform dazu führten, diese aufzugeben und eine sesshafte Existenzweise anzunehmen (die sogenannte "Neolithische Revolution"); das öffentliche Interesse ist gegeben.

Auch in der darauffolgenden bronzezeitlichen Epoche bildete die Mulde eine kulturelle Grenze, in diesem Fall die Westgrenze der ansonsten nur weiter östlich bis nach Polen weiträumig belegten mittelbronzezeitlichen

Abwägungsvorschlag

Stadt Raguhn-Jeßnitz zweifelsfrei als gegeben dar. Insofern geht die Stadt Raguhn-Jeßnitz davon aus, dass bei der weiteren Entwicklung des Vorhabens auf der Grundlage der Einbeziehungssatzung entsprechende Sorgfalt an den Tag gelegt wird, um einen sachgerechten Umgang bei erdeingreifenden Tätigkeiten in bodendenkmalpflegerischer Hinsicht zu gewährleisten. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz sieht ihre angestrebte städtebauliche Zielstellung ungeachtet der bodendenkmalpflegerischen Verhältnisse als umsetzbar an. Somit resultieren für den vorgelegten Entwurf der Innenbereichssatzung im Ortsteil Marke ergänzend zu der vorgenannten Verfahrensweise keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen. Das vorgenannte Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Lausitzer Kultur (ca. 1.300 - 500 v. Chr.) mit ihren typischen Hofbuckelgefäßen. Erwähnenswert ist weiterhin ein Bestattungsplatz der sehr seltenen früheisenzeitlichen Hausurnenkultur (ca. 7. Jh. v. Chr.) aus Raguhn. Der Raguhner Fund beinhaltete sogar ein sogenanntes Mehrlingsgefäß, ein Gefäßtyp, der bislang nur in Bestattungen auftrat und nach aller Wahrscheinlichkeit eine kultische Funktion besaß. Die Hausurnenkultur ist eine originäre Kulturausprägung der frühen Eisenzeit. Die für diese Kultur namengebenden Hausurnen - keramische Gefäße in Form von Wohnhäusern und Speicherbauten - sind in Europa in höherer Anzahl nur aus Mittel- und Norditalien, wo sie der voretruskischen Villanova-Kultur angehören, und aus einem kleinen Teil des nördlichen Mitteldeutschlands zwischen Magdeburg und Halle bekannt geworden. Bis heute ist die Art der Verbindungen zwischen diesen ganz unterschiedlichen Gebieten nicht geklärt. Die Fragen, warum die Einflüsse gerade in diesen Bereich Mitteldeutschlands zielten und warum dies genau in der Zeit geschah, in welcher in Italien die Etrusker in die mediterrane Geschichte eintraten - Themen, die in einer Zeit des Zusammenwachsens Europas von herausragender gesellschaftlicher Bedeutung sind -, können nur durch entsprechende Bodenfunde beantwortet werden.

In diesem Zusammenhang rückt die im Vorhabensbereich aus Luftbildern bekannte, großräumige Siedlung in den Fokus, deren genaue Datierung derzeit noch nicht geklärt ist. Auffallend ist, dass nahezu halbkreisförmig um den Vorhabensbereich weitere großflächige ur- und frühgeschichtliche Siedlungen in Luftbildern erkennbar sind. Nach jetzigem Kenntnisstand handelt es sich um ein ur- und frühgeschichtlich intensiv genutztes Areal, dessen infrastrukturelles Umfeld sich sicher über die eigentlichen Siedlungsbereiche hinaus erstreckt hat. Die zugehörigen Gräberfelder sind bislang zum Beispiel nicht bekannt, wurden aber regelhaft in Sichtweite zum Siedlungsbereich angelegt.

Abwägungsvorschlag

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Auch im Mittelalter (hier: 7. - 12. Jh. n. Chr.) befand sich das Vorhabensgebiet in einer Grenzregion zwischen dem ostfränkischen, später frühdeutschen Reich und den östlich der Elbe-/Saalegrenze siedelnden, slawisch sprechenden Gruppen. Diese Grenze war weniger eine befestigte Linie, sondern vielmehr eine Kontakt- und Transferzone. Hier stehen sich slawisch sprechende, kleinräumige und auf Verwandtschaft orientierte Gruppen einem stark expandierenden, auf feudalen und religiösen Strukturen aufbauenden fränkischen und dann später dem frühdeutschen Reich gegenüber. Mit dem endgültigen Sieg über die Slawen in der Mitte des 12. Jahrhunderts setzte nun im großen Umfang die sogenannte Ostexpansion ein. Siedler aus den überbevölkerten Gebieten des Altsiedellandes westlich der Elbe (Flamen, Norddeutsche und Niederländer) nahmen nun die durch die slawischen Gruppen nur dünn besiedelten Gebiete östlich der Elbe ein. Aus dieser Zeit stammen auch die Dörfer mit den Doppelnamen wie zum Beispiel Altjeßnitz und Jeßnitz. Marke selbst wird erst 1549 als <i>Marke Nauendorf</i> urkundlich erwähnt. Dies zeigt sehr deutlich, dass aufgrund des Mangels an schriftlichen Quellen die Forschung auch für diese vermeintlich historischen Zeiten auf archäologische Bodenfunde angewiesen ist. Deren regionalhistorische Relevanz ist vor diesem Hintergrund als hoch zu bezeichnen.</p> <p>Aus Sicht der archäologischen Denkmalpflege bestehen darüber hinaus aufgrund der topographischen Situation und der naturräumlichen Gegebenheiten (Bodenqualität, Gewässernetz, klimatische Bedingungen) sowie aufgrund analoger Gegebenheiten vergleichbarer Siedlungsregionen begründete Anhaltspunkte (vgl. § 14 (2) DenkmSchG LSA), dass bei Bodeneingriffen bislang unbekannte Bodendenkmale entdeckt werden. Denn zahlreiche Beobachtungen haben innerhalb der letzten Jahre gezeigt, dass uns aus Luftbildbefunden, Lesefunden etc. nicht alle archäologischen Kulturdenkmale bekannt sind; vielmehr werden diese oftmals erst bei invasiven Eingriffen erkannt.</p>	

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Bitte betrachten Sie dieses Schreiben als Information, nicht als verwaltungsrechtlichen Bescheid. Ein Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung ist bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde einzureichen.

Als Ansprechpartnerin für Belange der archäologischen Bodendenkmalpflege steht Ihnen Frau Dr. Paddenberg zur Verfügung, Tel.: 0345/5247-496; Fax: 0345/5247-460; Email: dpaddenberg@lda.stksachsen-anhalt.de.

Stellungnahme 4

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Halle vom 25.02.2021

... mit Schreiben vom 04.02.2021 baten Sie das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) um eine Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf der o. g. Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz.

Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau des LAGB erfolgten nochmalige Prüfungen zum o. g. Vorhaben, um Sie auf mögliche geologische/bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können.

Aus den Bereichen Geologie und Bergwesen kann Ihnen folgendes mitgeteilt werden:

Abwägungsvorschlag

Es erfolgt zur erforderlichen Antragstellung ein Hinweis auf der Planzeichnung des Satzungsexemplars.

Anlage 4

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Landesamtes für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Halle vom 25.02.2021.

Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Landesamtes für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt, Halle wie folgt beachten:

Es erfolgt die Kenntnisnahme der Stellungnahme. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz entscheidet zu den Stellungnahmen der nachfolgend aufgeführten Fachdezernate wie folgt.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p><u>Bergbau</u></p> <p>Bergbauliche Arbeiten oder Planungen, die den Maßgaben des Bundesberggesetzes unterliegen, werden durch das Vorhaben/die Planung nicht berührt.</p> <p>Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für den Planungsbereich ebenfalls nicht vor.</p> <p><u>Geologie</u></p> <p>Vom tieferen geologischen Untergrund ausgehende, durch natürliche Subrosionsprozesse bedingte Beeinträchtigungen der Geländeoberfläche sind dem LAGB im Gebiet des zu betrachtenden Standortes nicht bekannt.</p> <p>Zum Baugrund im Bereich des Vorhabens gibt es ebenfalls keine Bedenken oder besonderen Hinweise.</p>	<p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass bergbauliche Arbeiten oder Planungen durch den Entwurf der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht berührt werden und Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau ebenfalls nicht vorliegen.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass Beeinträchtigungen der Geländeoberfläche durch Subrosion nicht bekannt sind und zum Baugrund im Bereich des Vorhabens ebenfalls keine Bedenken oder besondere Hinweise vorgebracht werden.</p>
<p><u>Stellungnahme 5</u></p> <p>Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, vom 11.02.2021</p> <p>... die Beteiligung bezüglich der Aufstellung der o. a. Innenbereichssatzung habe ich zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Belange des Vermessungs- und Katasterwesens geprüft.</p> <p>Zu den Planungsabsichten selbst habe ich keine Bedenken oder Anregungen.</p>	<p>Anlage 5</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt vom 11.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass zu den Planungsabsichten selbst keine Bedenken oder Anregungen seitens des LVermGeo bestehen.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass im Plangebiet Grenzeinrichtungen (Grenzmarken) vorhanden sind, welche gegebenenfalls durch zukünftige Bautätigkeit zerstört werden können.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Regelung nach § 5 und § 22 des Vermessungs- und Geoinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt (VermGeoG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 2004 (GVBl. LSA S. 716), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes vom 07. Juli 2020 (GVBl. LSA S. 372, 373), wonach derjenige ordnungswidrig handelt, der unbefugt Grenzmarken einbringt, verändert oder beseitigt.

Insofern hat der für die Baumaßnahme verantwortliche Träger gegebenenfalls dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Arbeiten zur Sicherung bzw. Wiederherstellung der Grenzmarken durch eine nach § 1 des o. a. Gesetzes befugte Stelle durchgeführt werden.

Zusätzlich bitte ich bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen aufzunehmen, dass der für die Baumaßnahme verantwortliche Träger dafür zu sorgen hat, dass im Falle der Gefährdung von Grenzmarken rechtzeitig vor Beginn der Bauarbeiten die erforderliche Sicherung durchgeführt wird.

Stellungnahme 6

Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg vom 22.02.2021

... Sie baten um Stellungnahme, ob die o. g. Planung den in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung entspricht.

Abwägungsvorschlag

Der gegebene Hinweis bezüglich der vorhandenen Grenzeinrichtungen im Plangebiet der Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke wird nachrichtlich in der Begründung zur Satzung ergänzt. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.

Es erfolgt die Kenntnisnahme. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird wie in der Stellungnahme angeregt, bei der Erstellung von Ausschreibungsunterlagen verfahren bzw. entsprechenden Vorhabenträgern den Inhalt der Stellungnahme zur Kenntnis geben.

Anlage 6

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg vom 22.02.2021.

Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wie folgt beachten:

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Mit der Einbeziehung einer ca. 0,2 ha großen Teilfläche in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Marke soll Planungsrecht für die Errichtung eines Einfamilienhauses geschaffen werden.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg nimmt gem. § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA vom 23. April 2015, GVBl. LSA S. 170) für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Landkreis Wittenberg und die kreisfreie Stadt Dessau-Roßlau gehört, die Aufgabe der Regionalplanung wahr.

Die Entscheidung über die Art der landesplanerischen Abstimmung gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 LEntwG LSA sowie die Feststellung der Vereinbarkeit der o. g. Planung/Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung gem. § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA erfolgt durch die oberste Landesentwicklungsbehörde.

In Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung sind als sonstige Erfordernisse der Raumordnung gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen anderer öffentlicher Stellen oder von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen, gem. § 4 Abs. 1 ROG in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Derzeit befinden sich in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg keine Ziele der Raumordnung in Aufstellung.

Abwägungsvorschlag

Es erfolgt die Kenntnisnahme der Wiedergabe von Planungsanlass und –inhalt der Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke.

Es erfolgt die Kenntnisnahme der Aufgabenwahrnehmung durch die Regionale Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.

Die Entscheidung über die Art der landesplanerischen Abstimmung trifft entgegen dem Inhalt der Stellungnahme für den vorliegenden Fall die untere Landesentwicklungsbehörde. Diese wurde am Planverfahren beteiligt. Eine Stellungnahme liegt vor und wurde berücksichtigt.

Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung zu berücksichtigen sind, jedoch innerhalb der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg gegenwärtig keine zu berücksichtigenden Ziele der Raumordnung sich in Aufstellung befinden. Insofern stellen sich Änderungen oder Ergänzungen an der Innenbereichssatzung als nicht erforderlich dar.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg derzeit keine Ziele der Raumordnung in Aufstellung befinden.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p><u>Stellungnahme 7</u></p> <p>Landkreis Anhalt-Bitterfeld vom 03.03.2021</p> <p>... im Beteiligungsverfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB gebe ich als Träger öffentlicher Belange nachfolgende gebündelte Stellungnahme des Landkreises Anhalt-Bitterfeld ab.</p> <p>Mit dieser Stellungnahme wird den vorgeschriebenen Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht vorgegriffen und es werden damit weder öffentlich-rechtliche noch privatrechtliche Zustimmungen und Gestattungen erteilt.</p> <p>Aus den vorliegenden Unterlagen geht hervor, dass von Seiten der Stadt Raguhn-Jeßnitz die Aufstellung der o. g. Satzung beabsichtigt ist, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage zu schaffen. Der Geltungsbereich der Innenbereichssatzung umfasst eine Fläche von ca. 1.955 m².</p> <p>1. Raumordnung</p> <p>Aus Sicht der unteren Landesentwicklungsbehörde bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken.</p> <p>Entsprechend Nr. 3.3 m) RdErl. des MLV vom 1.11.2018 - 24-20002-01 "Zusammenarbeit der obersten Landesentwicklungsbehörde mit den unteren Landesentwicklungsbehörden im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung nach dem Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt" ist die vorliegende Maßnahme nicht raumbedeutsam und eine landesplanerische Abstimmung gemäß § 13 Abs. 1 LEntwG LSA somit nicht erforderlich.</p>	<p>Anlage 7</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 03.03.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Landkreises Anhalt-Bitterfeld wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme der Stellungnahme. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz entscheidet zu den Ausführungen der nachfolgenden Fachbehörden wie folgt.</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass aus Sicht der unteren Landesentwicklungsbehörde keine Bedenken gegen die Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen und aufgrund dessen, dass die Maßnahme nicht raumbedeutsam ist, eine landesplanerische Abstimmung nicht erforderlich ist.</p>

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Seitens der Bereiche Verkehr, Tourismus und ländliche Entwicklung bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken oder Hinweise.</p> <p>2. Umweltrecht</p> <p>2.1 Wasserrecht</p> <p>Gegen die vorliegende Satzung bestehen aus wasserrechtlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>2.2 Immissionsschutz</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Einwände.</p> <p>Anmerkung: Die süd-westlich gelegenen 4 Windenergieanlagen in der Gemarkung Thurland entlang der B184 unterschreiten in Summe den geltenden Immissionsrichtwert an der Grenze der Innenbereichssatzung, sodass keine erheblichen Umweltauswirkungen durch Geräusche zu befürchten sind.</p> <p>2.3 Abfallrecht</p> <p>Seitens der unteren Abfallbehörde bestehen keine Einwände im Zusammenhang mit dem geplanten Vorhaben, wenn folgende Hinweise bei zukünftigen Baumaßnahmen berücksichtigt werden:</p>	<p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass seitens der Bereiche Verkehr, Tourismus und ländliche Entwicklung keine Bedenken oder Hinweise zur Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke vorgebracht werden.</p> <p>Zu 2.1)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass aus wasserrechtlicher Sicht keine Bedenken zur Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen.</p> <p>Zu 2.2)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken zur Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme des Hinweises auf die bestehenden Windenergieanlagen. Der Hinweis wird redaktionell ergänzend in die Begründung der Innenbereichssatzung aufgenommen. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p> <p>Zu 2.3)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass seitens der unteren Abfallbehörde keine Einwände gegen die Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen. Die mitgeteilten Hinweise werden wie nachfolgend aufgeführt berücksichtigt.</p>

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<ul style="list-style-type: none"> - Alle bei den Bauarbeiten anfallenden Abfälle sind einer ordnungsgemäßen Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) zuzuführen (siehe § 7 (Verwertung) bzw. § 15 (Beseitigung) des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG). Ein Verstoß gegen diese Regelungen stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 69 KrWG dar. - Bezüglich der Deklaration, Analytik, Bewertung und Verwertung von mineralischen Abfällen (hier: Erdaushub, Bauschutt), die im Zuge des Vorhabens anfallen bzw. die verwertet werden sollen, wird auf den Leitfaden zur Wiederwendung und Verwertung von mineralischen Abfällen in Sachsen-Anhalt, Modul "Regelungen für die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen" verwiesen. Zu finden ist der gesamte Leitfaden, der sich aus mehreren Modulen zusammensetzt unter folgendem Link auf der Internetpräsenz des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt: https://mule.sachsen-anhalt.de/umwelt/abfall/abfallarten/. In Sachsen-Anhalt ist der gesamte Leitfaden in den abfall- und bodenschutzrechtlichen Vollzug eingeführt worden. - Nach § 8 der GewAbfV sind die beim Neubauvorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle nach Abfallarten getrennt zu erfassen und ordnungsgemäß zu entsorgen. Diesbezüglich zu beachten sind die Neuregelungen zum erweiterten Trennerfordernis der verschiedenen Abfallarten sowie zu den neugefassten Dokumentationspflichten dieser Getrennthaltung. - Der zur Baugrubenverfüllung bzw. Geländeregulierung ggf. eingesetzte ortsfremde unbelastete Bodenaushub hat die Zuordnungswerte der Einbauklasse 0 des Leitfadens zur Wiederwendung und Verwertung von mineralischen Abfällen in Sachsen-Anhalt, Modul "Regelungen für die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen", Teil II, Pkt. 1.2 "Bodenmaterial", einzuhalten. Vorrangig ist standorteigenes, organoleptisch 	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Sie befinden sich bereits inhaltsgleich wiedergegeben unter Kapitel 4 – Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange. Es erfolgt ein redaktioneller Abgleich zu den mitgeteilten Einzelpunkten im Sinne der Harmonisierung des Inhalts der Stellungnahme mit den Ausführungen im genannten Kapitel der Satzungsbegründung. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p>

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>(geruchlich, visuell) unauffälliges und bautechnisch geeignetes Material zur Verfüllung zu verwenden, welches nicht aus Altlastverdachtsbereichen stammt.</p> <p>Der Einsatz von Bauschutt zu genannten Zwecken ist nur in Abstimmung mit der unteren Bodenschutzbehörde und der unteren Abfallbehörde zulässig.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Werden im Rahmen des Bauvorhabens versiegelte Bereiche angelegt werden, ist diesbezüglich Folgendes zu beachten: Bei der Verwendung von mineralischen Abfällen (Recycling-Material) sind für diese, unterhalb einer Vollversiegelung (wasserundurchlässig), die Zuordnungswerte Z 2 gemäß des o. g. Leitfadens, hier Pkt. 1.4 "Bauschutt", einzuhalten. Ist keine Vollversiegelung vorgesehen - z. B. bei der Befestigung von gebäudenahen Flächen/Terrassen, Zuwegungen etc. - sind die Zuordnungswerte Z 1.1 einzuhalten. - Es wird darauf hingewiesen, dass auch die (gewerbsmäßige) Beförderung von nicht gefährlichen Abfällen (Erdaushub, Bauschutt etc.) gemäß § 53 KrWG anzeigespflichtig ist. Die Anzeigenerstattung ist im § 7 Abs.1 Anzeige- und Erlaubnisverordnung (AbfAEV'5) geregelt. - Weiterhin wird hinsichtlich des Anschlusszwanges an die öffentliche Abfallentsorgung vorsorglich auf die Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld vom 29.10.2015 in der jeweils gültigen Fassung verwiesen. - Für die abfallrechtliche Überwachung ist gemäß § 32 Abs.1 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) der Landkreis Anhalt-Bitterfeld als untere Abfallbehörde zuständig. 	

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

2.4 Altlasten/ Bodenschutz

Aus Sicht der unteren Bodenschutzbehörde bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben, wenn folgende Hinweise beachtet werden:

Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Umweltamt, verfügt als zuständige Behörde über ein flächendeckendes Kataster von altlastverdächtigen Flächen und schädlichen Bodenveränderungen. Für die in Rede stehende Fläche sind im Altlastenkataster des Landkreises keine Altlastverdachtsflächen registriert. Schädliche Bodenveränderungen sind mir für die Fläche derzeit nicht bekannt.

Sollten sich bei den Erdarbeiten organoleptische (optische und geruchliche) Auffälligkeiten im Boden zeigen bzw. ergeben sich Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten, ist die untere Bodenschutzbehörde unverzüglich zu informieren (§§ 2, 3 Bodenschutz-Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BodSchAG LSA)).

Die baulichen Anlagen sind so zu errichten und zu nutzen, dass eine Gefährdung des Bodens auszuschließen ist (§§ 4, 7 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)). Insbesondere die Lagerung und Tätigkeiten mit boden- und wassergefährdenden Materialien haben so zu erfolgen, dass keine Verunreinigungen des Bodens entstehen können. Bei Aushub- und Bohrarbeiten ist daher darauf zu achten, dass Baumaschinen gegen Tropfverluste sowie auslaufende Kraftstoffe und Öle gesichert sind und, dass Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie die Betankung nur mit untergelegter Folie oder Wanne bzw. auf befestigten, hierfür vorgesehenen Flächen erfolgen.

Entsprechend § 1 Abs.1 BodSchAG LSA ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Bodenversiegelungen sind auf das unbedingt

Abwägungsvorschlag

Zu 2.4)

Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass seitens der unteren Bodenschutzbehörde keine Einwände gegen die Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen. Die mitgeteilten Hinweise werden wie nachfolgend aufgeführt berücksichtigt.

Der Inhalt der mitgeteilten Hinweise findet sich bereits in dieser Form in der Begründung zur Innenbereichssatzung wieder. Die darüber hinaus gegebenen Hinweise werden unter Kapitel 4. als klarstellende Ergänzung in die Begründung eingefügt. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>notwendige Maß zu begrenzen. Vorrangig sind bereits versiegelte, sanierte, baulich veränderte oder bebaute Flächen wieder zu nutzen. Durch die vorgesehene Bebauung der Fläche entsteht teilweise eine Versiegelung bisher offenen Bodens. Um Eingriffe in den Boden/Naturhaushalt auszugleichen, sollen Anpflanzungen (Entwicklung einer Streuobst-Gruppe sowie Eingrünung durch eine Hecke/ Sträucher) getätigt werden.</p> <p>Ortsfremdes Bodenmaterial, welches zum Auf- und Einbringen auf oder in eine durchwurzelbare Bodenschicht oder zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht verwendet werden soll, darf die Vorsorgewerte gemäß Anhang 2 Nr. 4 BBodSchV nicht überschreiten.</p> <p>Sollten im Rahmen von Baumaßnahmen mineralische Abfälle, mit Ausnahme qualitätsgesicherter mineralischer Recycling-Baustoffe, in einer Menge von mehr als 100 t in technischen Bauwerken eingesetzt werden, sind diese der unteren Bodenschutzbehörde unmittelbar nach Abschluss der Maßnahme anzuzeigen. Die Anzeige hat mindestens Ort, Menge, Zweck, Art (Abfallschlüssel der AW) und Einbauweise der eingesetzten mineralischen Abfälle zu umfassen. Hierunter fallen alle mineralischen Abfälle, die als Überschussmassen bei Baumaßnahmen, als Bodenmaterial sowie als Prozess- und Produktionsabfälle anfallen und als Abfälle im Sinne des KrWG zu entsorgen sind.</p> <p>2.5 Naturschutz</p> <p>Laut Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung kann der Eingriff innerhalb des Geltungsbereiches naturschutzrechtlich kompensiert werden. Dabei werden im südlichen Plangeltungsbereich auf einer Fläche von 1.030 m² Maßnahmen zum Ausgleich durchgeführt. Dazu zählen u. a. die Gestaltung der unbefestigten Flächen als Gartenfläche mit gebietsheimischen Gehölzen,</p>	<p>Zu 2.5)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass zum vorgelegten Entwurf der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke keine grundsätzlichen Einwände bestehen. Die gegebenen Hinweise werden redaktionell ergänzend unter Kapitel 3.3 in die Begründung aufgenommen, mit Ausnahme des letzten Punktes. Einer Aufnahme dieses Hinweises bedarf es nicht, da die genannten Festsetzungen nach Rechtskraft der Innenbereichssatzung zu Ortsrecht werden und die Stadt Raguhn-Jeßnitz dessen</p>

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>die Entwicklung einer Streuobst-Gruppe sowie das Anlegen einer 2-reihigen Hecke aus gebietsheimischen Laubgehölzen an der südlichen und westlichen Grundstücksgrenze.</p> <p>Außerdem werden gegebenenfalls betroffene Einzelbäume durch die Baumschutzsatzung der Gemeinde Raguhn-Jeßnitz ausgeglichen.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht gibt es zum o. g. Vorhaben keine grundsätzlichen Einwände, wenn folgende Hinweise beachtet werden:</p> <p>Bei der Baufeldfreimachung ist zu berücksichtigen, dass es gemäß § 39 Abs. 5 Ziff.2 BNatSchG verboten ist Bäume und andere Gehölze in der Zeit vom 1.März bis zum 30. September abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen.</p> <p>Vorhandene Gehölze mit einem Erhaltungsgebot sind während des Bauvorhabens gemäß DIN 18920 vor Beeinträchtigung zu schützen.</p> <p>Die im Planentwurf aufgezeigten textlichen Festsetzungen unter Punkt 3 bis 6 sind zu beachten und umzusetzen.</p> <p>3. Brand- und Katastrophenschutz</p> <p>3.1 Brandschutz</p> <p>Aus der Sicht des Brandschutzes bestehen keine Bedenken.</p> <p>3.2 Katastrophenschutz</p> <p>Prüfung Kampfmittel - § 13 BauO-LSA i. V. m. KampfM-GAVO</p>	<p>Vollzug entsprechend sicherstellen wird. Das vorgenannte Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p> <p>Zu 3.1)</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass aus Sicht des Brandschutzes keine Bedenken zur Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen.</p> <p>Zu 3.2)</p> <p>Ein entsprechender Hinweis zu Kampfmittelfunden befindet sich bereits unter Kapitel 3.2 der Begründung zum Entwurf der Innenbereichssatzung.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Die betreffende Fläche wurde anhand der zurzeit vorliegenden Unterlagen (Belastungskarten) und Erkenntnisse überprüft.</p> <p>Erkenntnisse über eine Belastung der betreffenden Fläche mit Kampfmitteln konnten anhand dieser Unterlagen nicht gewonnen werden. Eine weitere Prüfung hinsichtlich einer möglichen Kampfmittelbelastung wird somit für nicht erforderlich gehalten.</p> <p>Trotzdem wird darauf hingewiesen, dass Kampfmittelfunde jeglicher Art niemals ganz ausgeschlossen werden können.</p> <p>4. Kreisstraßen</p> <p>Planungsunterlagen bezüglich einer eventuell zu errichtenden Zufahrt von und auf die Kreisstraße K 2052 bzw. die Errichtung von Leitungstrassen öffentlicher Versorger entlang und/oder der Querung der Kreisstraße K 2052 sind dem Amt 68 rechtzeitig bis spätestens 3 Wochen vor Baubeginn zur Genehmigung vorzulegen. Der Erlaubnisnehmer hat die Baumaßnahme so herzustellen, dass keine Gefährdung der öffentlichen Nutzung sowie keine Schäden an der Kreisstraße entstehen. Die Kosten für diese Aufwendung trägt der Erlaubnisnehmer. Der Beginn der Arbeiten ist der Kreisstraßenmeisterei Anhalt-Bitterfeld, Merziener Str. 112 in 06366 Köthen (Anhalt) mindestens eine Woche vor Baubeginn anzuzeigen (Tel.: 03496-508511).</p> <p>Weitere Maßnahmen, welche in der Umsetzung bzw. Teilumsetzung den Landkreis Anhalt-Bitterfeld als Baulastträger der Kreisstraßen betreffen sind wie immer rechtzeitig anzumelden.</p> <p>5. Bauordnung/Planungsrecht</p> <p>Im Flächennutzungsplan der Stadt Raguhn-Jeßnitz ist die betroffene Fläche nicht als Baufläche sondern als Grünfläche mit der Zweckbestimmung</p>	<p>Dieser wird ergänzt um die mitgeteilte Prüfung gem. KampfM-GAVO. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p> <p>Zu 4.)</p> <p>Die mitgeteilten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz entscheidet diese unter Kapitel 4. – Hinweise der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange als klarstellende Information zu übernehmen. Sie betreffen den Vollzug der Innenbereichssatzung und die für den Bedarfsfall zu beachtende Verfahrensweise. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p> <p>Zu 5.)</p>

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Sonstige Gärten/ Grabeland dargestellt. Da die Darstellung als Grünfläche im Vergleich zur Ausweisung als Fläche für die Landwirtschaft als striktere und stärker bindende Planung anzusehen ist, sollte in der Begründung zur Satzung ausführlicher darauf eingegangen werden, inwiefern die Errichtung eines Wohngebäudes dem im Flächennutzungsplan dargestellten Planungsziel nicht entgegensteht.</p> <p>6. Denkmalschutz</p> <p>Im Bereich des geplanten Vorhabens befindet sich gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (DenkmSchG LSA) ein archäologisches Kulturdenkmal (eine ur- und frühgeschichtliche Siedlung). Weitere archäologische Kulturdenkmale befinden sich im unmittelbaren Umfeld der geplanten Maßnahme (jungsteinzeitliche Fundstellen; ur- und frühgeschichtliche Siedlungen und Befestigungen). Die Fundstellen im Vorhabenbereich besitzen eine sehr hohe Qualität und Integrität. Ihre annähernde Ausdehnung geht aus der beigefügten Anlage hervor.</p> <p>Ferner bestehen begründete Anhaltspunkte dafür, dass weitere, bislang nicht entdeckte archäologische Kulturdenkmale bei Erdarbeiten zutage treten können.</p>	<p>Die Darstellungsart als Grünfläche im Flächennutzungsplan steht der begehrten Baurechtschaffung über die Innenbereichssatzung nicht entgegen. Gleichwohl erkennt die Stadt Raguhn-Jeßnitz, dass die Grünflächendarstellung einschließlich ihrer Zweckbestimmung im Sinne der städtebaulichen Zielstellung der Stadt Raguhn-Jeßnitz einen gewissen Konkretisierungsgrad besitzt, der bestimmter daherkommt als eine bloße Darstellung einer Fläche für die Landwirtschaft. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz hat sich mit der Aufstellung der Innenbereichssatzung dafür entschieden, die Ortsrandsituation durch eine entsprechende bauliche Ergänzung in im Rede stehenden Bereich weiter zu entwickeln und in gleicher Weise aber darauf geachtet, dass die Bewahrung der städtebaulichen Zielstellung eines "grünen Ortsrandes" nicht aufgegeben wird. Die naturschutzfachlich festgesetzten Maßnahmen unterstreichen diesen Gestaltungsanspruch. In dieser Weise wird die Begründung, wie in der Stellungnahme angeregt, redaktionell ergänzt. Das Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p> <p>Zu 6.)</p> <p>Die mitgeteilten Inhalte der Stellungnahme werden in die Begründung zum Entwurf der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke eingearbeitet. Die Ausführungen werden zudem durch einen Hinweis auf der Planzeichnung ergänzt, welcher auf die Notwendigkeit denkmalrechtlicher Genehmigungen abstellt. Darüber hinaus liegt der Stadt Raguhn-Jeßnitz eine inhaltlich umfangreiche Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt vor, welche ebenfalls in die Begründung in gebotenem Umfang integriert wird. Diese deckt sich in großen Teilen mit den Aussagen der Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde. Insofern erfolgt zur Planfassung für den Satzungsbeschluss eine angemessene Beachtung des Belanges "Denkmalpflege und Archäologie". Das vorgenannte Vorgehen ist</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Bodeneingriffe im Vorhabenbereich bedürfen daher einer denkmalrechtlichen Genehmigung nach § 14 DenkmSchG LSA. Bei Baugenehmigungsverfahren sind die Denkmalbehörden am Verfahren zu beteiligen. Die Baugenehmigung umfasst gemäß § 14 Abs. 8 DenkmSchG LSA die denkmalrechtliche Genehmigung.

Als Ansprechpartnerin für Belange der archäologischen Bodendenkmalpflege steht vom Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt Frau Dr. Paddenberg, Tel.: 0345/5247-496; Fax: 0345/5247-460; Email: dpaddenberg@lda.stk.sachsen-anhalt.de, zur Verfügung.

Stellungnahme 8

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt, Dessau-Roßlau vom 05.03.2021

Eine weitere Beteiligung im Aufstellungsverfahren ist erforderlich.

Fachliche Stellungnahme:

Ziel der Satzung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine städtebauliche Erweiterung (Abrundung) im Ortsteil Marke. Auf dem Flurstück 79/2, Flur 2 der Gemarkung Marke soll ein Wohnhaus mit Garage mit einer baulichen Nutzungsfläche von 925 m², unmittelbar anschließend an die bestehende Bebauung errichtet werden.

In der dazu vorgelegten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung werden als Kompensationsmaßnahmen die Anpflanzung einer Streuobstgruppe sowie einer Hecke geplant. Durch diese Maßnahmen ergibt sich ein Wertüberschuss von 1.020 Punkten, der einem Öko-Konto gutgeschrieben werden sollte.

Abwägungsvorschlag

klarstellender Natur. Es dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.

Anlage 8

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des ALFF Anhalt, Dessau-Roßlau vom 05.03.2021.

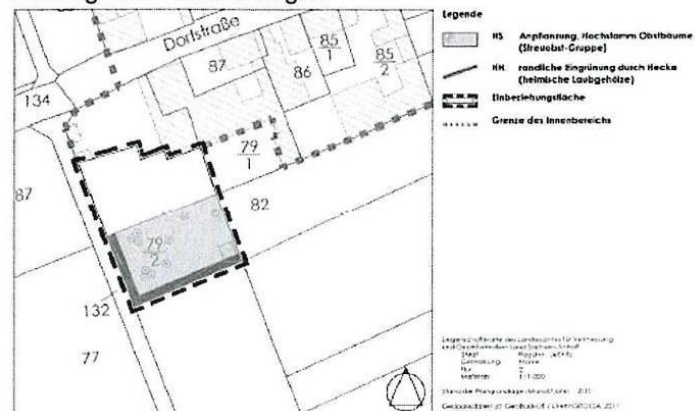
Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des ALFF Anhalt, Dessau-Roßlau wie folgt beachten:

Die Beschreibung der städtebaulichen Zielstellung wird zur Kenntnis genommen. Sie deckt sich mit den Inhalten des vorgelegten Satzungsentwurfes der Innenbereichssatzung. Der Anregung, die rd. 1.000 Ökopunkte einem Ökokonto gutzuschreiben, wurde durch die Stadt Raguhn-Jeßnitz geprüft. Im Ergebnis entscheidet sich die Stadt Raguhn-Jeßnitz dafür, den Biotopwertpunkteüberschuss anderen Vorhabenträgern im Stadtgebiet anzubieten und in dieser Weise eine Vereinbarung mit der unteren Naturschutzbehörde zu schließen. Der Zeitpunkt hierfür wird allerdings erst nach

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Auszug aus Planunterlagen



Der Planung ist weiterhin zu entnehmen, dass an der West- und Südseite des Geltungsbereiches ein ausreichender Abstand zur landwirtschaftlich genutzten Fläche besteht. Bei der Auswahl der Pflanzen zur geplanten Eingrünung sollte dennoch darauf geachtet werden, dass solche Laubgehölze ausgewählt werden, die nicht in die Landwirtschaftsfläche hineinwachsen.

Aus öffentlich landwirtschaftlicher Sicht bestehen bei Beachtung der Hinweise keine Bedenken gegen die Planung.

Flurneuordnungsverfahren nach Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnp G) und/oder Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) sind gegenwärtig nicht betroffen.

Abwägungsvorschlag

abschließender Fertigstellung der naturschutzfachlichen Kompensationsmaßnahme sein und damit nachgelagert zu vorliegendem Satzungsverfahren.

Der Hinweis, die Pflanzenauswahl betreffend, wird redaktionell in den Festsetzungskontext der naturschutzfachlichen Maßnahmen integriert. Dieses Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.

Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass aus öffentlich landwirtschaftlicher Sicht bei Beachtung der seitens des ALFF Anhalt gegebenen Hinweise keine Bedenken gegen den Entwurf der Innenbereichssatzung Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen.

Es erfolgt die Kenntnisnahme.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Anträge zum ländlichen Wegebau außerhalb von BOV, die dem Ländlichen Wegekonzept Sachsen-Anhalt zu Grunde liegen, sind für den dargestellten Betrachtungsraum im ALFF Anhalt weder anhängig noch geplant.</p> <p>Ferner gibt es aus der Sicht des Programms über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen Entwicklung in Sachsen-Anhalt (RELE) keine Einwände.</p>	<p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p>
<p><u>Stellungnahme 9</u></p> <p>Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe, Dessau-Roßlau vom 23.02.2021</p> <p>... nach überschlägiger Prüfung der Satzungsunterlagen können wir Ihnen unter Berücksichtigung des Schutzzweckes des Biosphärenreservates Folgendes mitteilen:</p> <p>Das geplante Vorhaben befindet sich nicht im Biosphärenreservat Mittelbe. Hinweise darauf, dass Belange im grenznahen Bereich berührt werden, liegen nicht vor.</p> <p>Den Unterlagen sind auch keine externen Kompensationsmaßnahmen zu entnehmen, die sich innerhalb des Biosphärenreservates befinden.</p>	<p>Anlage 9</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe, Dessau-Roßlau vom 23.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe, Dessau-Roßlau wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass Belange der Biosphärenreservatsverwaltung Mittelbe nicht berührt werden.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p><u>Stellungnahme 10</u></p> <p>Polizeiinspektion Dessau-Roßlau, Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld vom 02.03.2021</p> <p>... als Träger öffentlicher Belange werden die Interessen des Polizeireviers Anhalt-Bitterfeld durch die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht berührt.</p>	<p>Anlage 10</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Polizeiinspektion Dessau-Roßlau, Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld vom 02.03.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Polizeiinspektion Dessau-Roßlau, Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld wie folgt beachten:</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt zur Kenntnis, dass Interessen des Polizeireviers Anhalt-Bitterfeld durch die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht berührt werden.</p>
<p><u>Stellungnahme 11</u></p> <p>MITNETZ Strom mbH vom 30.04.2021 - VERSPÄTET</p> <p>... bitte entschuldigen Sie, dass die Bearbeitung der uns zum Betreff übersandten Unterlagen längere Zeit in Anspruch genommen hat. Wir möchten dies zur Vollständigkeit nachholen und nehmen wie folgt Stellung:</p> <p>In Bezug auf Ihre oben genannte Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass sich im angegebenen Bereich keine Netzanlagen der envia Mitteldeutsche Energie AG (enviaM), der Mitteldeutschen Netzgesellschaft Strom mbH (MITNETZ STROM) sowie keine Telekommunikationsanlagen der envia TEL GmbH (enviaTEL) befinden, für die MITNETZ STROM im Auftrag der Anlagen- und Leitungseigentümer die entsprechenden Auskünfte zur Lage und zu Sicherheitsbestimmungen erteilt.</p>	<p>Anlage 11</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der MITNETZ Strom mbH vom 30.04.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der MITNETZ Strom mbH wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich im Plangeltungsbereich der Innenbereichssatzung Marke keine Netzanlagen bzw. Telekommunikationsanlagen der mitgeteilten Anlagen- und Leitungseigentümer befinden.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Wir weisen darauf hin, dass Versorgungsleitungen jederzeit Änderungen bzw. Erweiterungen unterworfen sein können. Bedarfsanmeldungen und damit verbundene Leistungserhöhungen erfordern oftmals kurzfristige Veränderungen dieser Netzanlagen. Die bauausführende Firma hat rechtzeitig die aktuelle Auskunft über den Leitungsbestand (Schachtschein) per Online-Zugriff auf unserem Internetportal einzuholen:

<https://www.mitnetz-strom.de/online-services/plan--schachtscheinauskunft>

Nach einmaliger Registrierung wird der Zugriff auf den Leitungsbestand zur Verfügung gestellt.

Stellungnahme 12

GDMcom mbH, Leipzig vom 17.02.2021

... beziehend auf Ihre oben genannte/ n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:

Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein
VNG Gasspeicher GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein

Abwägungsvorschlag

Es erfolgt die Kenntnisnahme.

Anlage 12

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der GDMcom mbH, Leipzig vom 17.02.2021.

Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der GDMcom mbH, Leipzig wie folgt beachten:

Seitens der Stadt Raguhn-Jeßnitz erfolgt die Kenntnisnahme der Nichtbetroffenheit der mitgeteilten Anlagenbetreiber durch die 1. Änderung des Ergänzungsflächennutzungsplanes Raguhn-Jeßnitz.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

1) Die Ferngas Neugesellschaft mbH ("FG") ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH ("FGT"), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).

2) Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG - Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich "Netz" zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS - VNG Gastransport GmbH (nunmehr firmierend als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich "Speicher" zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG - Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.

Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind!

Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich den Ihrer Anfrage enthält.



Karte: onmaps ©GeoBasis-DE/BKG/ZSHH

Darstellung angefragter Bereich: 1 WGS84 - Geographisch (EPSG:4326) 51.723643, 12.248403

Abwägungsvorschlag

Es erfolgt die Kenntnisaufnahme. Entsprechende Beteiligungen sind erfolgt, es liegen Stellungnahmen vor und wurden berücksichtigt.

Der angefragte Bereich ist wie mitgeteilt grundsätzlich korrekt dargestellt.

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Anhang - Auskunft Allgemein</p> <p>zum Betreff: Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke</p> <p>Reg.-Nr.: 01250/21 PE-Nr.: 01250/21</p> <p>ONTRAS Gastransport GmbH Ferngas Netzgesellschaft mbH VNG Gasspeicher GmbH Erdgasspeicher Peissen GmbH</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.</p> <p>Sofern im Zuge des o. g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig – also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u></p> <p>Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	<p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt zur Kenntnis, dass sich im angefragten Bereich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der genannten Anlageneigentümer befinden und damit keine Einwände gegen das Vorhaben bestehen.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme der Auflage.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme

Stellungnahme 13

Deutsche Telekom Technik GmbH, Halle vom 16.02.2021

... wir bedanken uns für die Beteiligung an Ihrer Planung.

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Im Rahmen dieser Vollmacht nehmen wir zu der o. g. Planung Stellung.

Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH.

Zwecks Realisierung des Hausanschlusses ist vom Bauherren eine Beauftragung bei der Telekom Deutschland vorzunehmen.

Anlaufpunkt für die weitere Mitwirkung/Versorgung ist unser Bauherrenberatungsbüro
Telefon: 08003301903
Internet: <https://www.telekom.de/hilfe/bauherren>

Zur Versorgung des Grundstückes ist die Neuerrichtung von Telekommunikationslinien innerhalb u. außerhalb des Planungsbereiches erforderlich. Wir bitten uns frühzeitig, möglichst 6 Monate vor Baubeginn, in die Erschließung einzubeziehen, damit Bauvorbereitung u. Durchführung zeitgerecht erfolgen kann.

Abwägungsvorschlag

Anlage 13

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Deutschen Telekom Technik GmbH, Halle vom 16.02.2021.

Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Deutschen Telekom Technik GmbH wie folgt beachten:

Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH im Plangebiet befinden. Die nachstehend gegebenen Hinweise wird die Stadt Raguhn-Jeßnitz an den jeweiligen Vorhabenträger übergeben. Diese betreffen den Vollzug und können im Zuge der Grundstücksbebauung bei entsprechendem Erfordernis aufgegriffen werden. Dieses Vorgehen erfordert keine zusätzlichen Änderungen oder Ergänzungen im Rahmen der Innenbereichssatzung und ihrer Begründung.

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Wir machen darauf aufmerksam, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine unterirdische Versorgung des Grundstückes durch die Deutsche Telekom AG nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich ist. Wir beantragen daher folgendes sicherzustellen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dass für den Ausbau des Telekommunikationsnetzes eine ungehinderte, unentgeltliche und kostenfreie Nutzung der Straßen und Wege möglich ist, - Dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Deutschen Telekom AG als zu belastende festzusetzen entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird, - Dass zur Herstellung der Hauszuführung der Erschließungsträger verpflichtet wird vom jeweils dinglich Berechtigten (Grundstückseigentümer) die Grundstückseigentümererklärung einzufordern und der Deutschen Telekom AG auszuhändigen, - Dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt <p>Wichtig: Bei Beauftragung ist die amtlich zugewiesene Hausnummer für das Baugrundstück erforderlich.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass diese Unterlagen nur für Ihre Planungen verwendet werden dürfen und eine Weitergabe an Dritte unzulässig ist.</p> <p>Die Kabelschutzanweisung der Deutschen Telekom ist zu beachten.</p> <p>Bei der Bauausführung ist von den ausführenden Firmen darauf zu achten, dass Beschädigungen an Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) jederzeit der</p>	

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Zugang zu vorhandenen Telekommunikationslinien möglich ist. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden über die zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Deutschen Telekom informieren.</p> <p>Für Tiefbauunternehmen steht die „Trassenauskunft Kabel“ (Kabeleinweisung via Internet) unterfolgender Internetadresse zur Verfügung: https://trassenauskunftkabel.telekom.de</p>	
<p><u>Stellungnahme 14</u></p> <p>MITNETZ Gas mbH, Halle (Saale) vom 05.03.2021</p> <p>... Ihre Anfrage ist bei uns eingegangen und wurde unter folgender Nummer registriert.</p> <p>Vorgang-Nr.: TG-V86089</p> <p>Nach Durchsicht der von Ihnen eingereichten Unterlagen konnten wir feststellen, dass sich in dem von Ihnen ausgewiesenen Planungsbereich keine Versorgungsanlagen unseres Unternehmens befinden, weshalb wir Ihrer Maßnahme ohne Auflagen uneingeschränkt zustimmen.</p> <p>Da unser Anlagenbestand ständigen Änderungen und Erweiterung unterliegt, hat diese Stellungnahme eine Gültigkeit von 2 Jahren ab Ausstellungsdatum.</p> <p>Die Erkundigungspflicht der bauausführenden Firma bleibt von diesem Schreiben unberührt.</p>	<p>Anlage 14</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der MITNETZ Gas mbH, Halle (Saale) vom 05.03.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der MITNETZ Gas mbH, Halle (Saale) wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass die Stellungnahme mit Datum vom 28.02.2020 in allen Punkten ihre Gültigkeit behält. Die entsprechende Entscheidung des Stadtrates der Stadt Raguhn-Jeßnitz hierzu ist nachfolgend abgedruckt.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich keine Versorgungsanlagen der MITNETZ Gas GmbH im Bereich der vorgelegten Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke befinden.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p><u>Stellungnahme 15</u></p> <p>GASCADE Gastransport GmbH, Kassel vom 17.02.2021</p> <p>Vorgangsnummer: 2021.01030</p> <p>... wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben.</p> <p>Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p> <p>Bitte richten Sie Ihre Anfragen zu Leitungsauskünften zukünftig direkt an das kostenfreie BIL-Onlineportal unter: https://portal.bil-leitungsauskunft.de</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen.</p>	<p>Anlage 15</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der GASCADE Gastransport GmbH, Kassel vom 17.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der GASCADE Gastransport GmbH, Kassel wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich im Plangeltungsbereich der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke keine Anlagen der GASCADE Gastransport GmbH (einschließlich der mitgeteilten Anlagenbetreiber) befinden und somit keine Betroffenheit besteht.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p> <p>Dieser Sachverhalt ist der Stadt Raguhn-Jeßnitz bekannt und wird entsprechend berücksichtigt.</p>
<p><u>Stellungnahme 16</u></p> <p>50Hertz Transmission GmbH, Berlin vom 19.02.2021</p> <p>... Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.</p>	<p>Anlage 16</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der 50Hertz Transmission GmbH, Berlin vom 19.02.2021.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p>	<p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der 50Hertz Transmission GmbH, Berlin wie folgt beachten:</p> <p>Seitens der Stadt Raguhn-Jeßnitz erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich keine Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH im Geltungsbereich der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke befinden oder geplant sind.</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme.</p>
<p><u>Stellungnahme 17</u></p> <p>Abwasserzweckverband (AZV) Westliche Mulde, Bitterfeld-Wolfen vom 10.02.2021</p> <p>... im angefragten Gebiet des OT Marke hat der AZV Westliche Mulde keinen Leitungsbestand.</p> <p>Bitte wenden Sie sich an den Zweckverband Raguhn-Zörbig.</p>	<p>Anlage 17</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des AZV Westliche Mulde vom 10.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des AZV Westliche Mulde wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass sich im Plangeltungsbereich der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke kein Leitungsbestand des AZV Westliche Mulde befindet.</p> <p>Der Abwasserzweckverband Raguhn-Zörbig wurde am Planverfahren beteiligt. Eine Stellungnahme liegt vor und wurde berücksichtigt.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p><u>Stellungnahme 18</u></p> <p>Abwasserzweckverband Raguhn-Zörbig vom 15.02.2021</p> <p>... grundsätzlich gibt es keine Einwände zur o. g. Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz.</p> <p>Im nördlichen Bereich des Plangebietes liegt ein zentraler Schmutzwasserkanal (siehe Anlage). Ein Anschluss an den Schmutzwasserkanal kann ermöglicht werden.</p> <p>Unter Pkt. 3.2 der Satzung ist benannt, dass die Medienanschlüsse über den bereits medientechnisch erschlossenen Teilbereich des Flurstückes 79/2, Flur 2, Gemarkung Marke erfolgen soll. In Ausnahmefällen ist die möglich, setzt jedoch eine Eintragung einer Grunddienstbarkeit voraus.</p> <p>Grundsätzlich soll eine Erschließung über öffentliche Flächen erfolgen. Nach unseren Informationen liegt das Nachbargrundstück auf der westlichen Seite (Flurstück 132) im Eigentum der Stadt Raguhn-Jeßnitz. Eine Erschließung über dieses Grundstück wäre erstrebenswert.</p>	<p>Anlage 18</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen des Abwasserzweckverbandes Raguhn-Zörbig vom 15.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht des Abwasserzweckverbandes Raguhn-Zörbig wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass gegen die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke grundsätzlich keine Einwände seitens des Abwasserzweckverbandes Raguhn-Zörbig vorgetragen werden.</p> <p>Die Sachverhaltsdarstellung in Bezug auf das Anschlussregime an den Schmutzwasserkanal ist die gegenwärtig von der Stadt Raguhn-Jeßnitz favorisierte Vorzugsvariante. Diese steht im Einklang mit den Erschließungsanforderungen gemäß geltenden Planungsrecht für das Planungsinstrument einer Innenbereichssatzung.</p> <p>Der Alternativvorschlag der Stellungnahme wird ungeachtet dessen durch die Stadt Raguhn-Jeßnitz geprüft. Sollte sich hier eine optional realisierbare Erschließungsoption abzeichnen, wird die Stadt Raguhn-Jeßnitz diese mit dem Vorhabenträger für die in Rede stehende Grundstücksbebauung abstimmen. Es liegt auch im öffentlichen Interesse der Stadt Raguhn-Jeßnitz, Leitungsführungen wie die vorliegende möglichst im öffentlichen Raum zu führen. Eine abschließende Entscheidung wird zum dargestellten Sachverhalt jedoch erst nach Abschluss des Satzungsverfahrens</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Die Erschließungskosten des Plangebietes haben die Grundstückseigentümer oder ein Erschließungsträger zu tragen.</p> <p>Konkrete Vorhaben sind frühzeitig mit uns abzustimmen.</p>	<p>erfolgen. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird den Verfasser der Stellungnahme zum gegebenen Zeitpunkt hierüber in Kenntnis setzen.</p> <p>Die Hinweise zur Kostentragung werden redaktionell ergänzend in die Begründung zur Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke übernommen. Der Sachverhalt der Erschließungskostentragung gilt unabhängig von der Inanspruchnahme der vorstehend aufgezeigten Erschließungsoptionen. Das vorgenannte Vorgehen dient der allgemeinen Information und erhöht die Rechtssicherheit der Planung.</p>
<p><u>Stellungnahme 19</u></p> <p>Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH, Bitterfeld-Wolfen vom 15.02.2021</p> <p>... zum oben benannten Bebauungsplan geben wir folgende Stellungnahme ab:</p> <p>1. Es bestehen gegen das geplante Vorhaben unsererseits keine prinzipiellen Bedenken.</p> <p>2. Für die turnusmäßige Entsorgung im Rahmen der Hausmüllentsorgung kommen Lastkraftwagen bis 10,0 m Länge (3-achsige Spezialfahrzeuge mit</p>	<p>Anlage 19</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH, Bitterfeld-Wolfen vom 15.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH, Bitterfeld-Wolfen wie folgt beachten:</p> <p>Zu 1.) Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass seitens der Anhalt-Bitterfelder Kreiswerke GmbH keine prinzipiellen Bedenken gegen die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke bestehen.</p> <p>Zu 2.) Es erfolgt die Kenntnisnahme. Die Bereitstellung der Entsorgungsbehälter wird an den Abholtagen an einer entsprechend anfahrbaren Stelle erfolgen können.</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>einem Gesamtgewicht bis 26,0 t) zum Einsatz. Die Art, Größe und Gestaltung von Straßen und Wendeanlagen sind gemäß RAS 06 (Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen) bzw. gemäß der Anlagen von Straßen (RAS) vorzunehmen.</p>	
<p><u>Stellungnahme 20</u></p> <p>Stadt Dessau-Roßlau vom 03.03.2021</p> <p>... vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme im o. g. Verfahren. Mit der vorliegenden Innenbereichssatzung sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Wohnhauses mit Garage im rückwärtigen Bereich der Dorfstraße geschaffen werden. Eine raumbeeinflussende Wirkung des Vorhabens auf die Stadt Dessau-Roßlau ist davon nicht zu erwarten.</p> <p>Die Belange der Stadt Dessau-Roßlau als Nachbargemeinde und in der Eigenschaft als kreisfreies Oberzentrum der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg werden vom Inhalt des Entwurfs der Innenbereichssatzung somit nicht berührt.</p>	<p>Anlage 20</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Stadt Dessau-Roßlau vom 03.03.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Stadt Dessau-Roßlau wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme der Stadt Raguhn-Jeßnitz, dass durch den Inhalt der Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke die Belange der Stadt Dessau-Roßlau - auch als kreisfreies Oberzentrum der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg – nicht berührt werden und eine raumbeeinflussende Wirkung auf die Stadt Dessau-Roßlau nicht erwartet wird.</p>
<p><u>Stellungnahme 21</u></p> <p>Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 04.03.2021</p> <p>... danke für die Beteiligung am o. g. Planverfahren.</p>	<p>Anlage 21</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 04.03.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Stadt Bitterfeld-Wolfen folgt beachten:</p>

Abwägung gem. § 1 (7) BauGB nach öffentlicher Auslegung gem. § 3 (2) BauGB und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB zum Entwurf Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke

Stellungnahme	Abwägungsvorschlag
<p>Belange der Stadt Bitterfeld-Wolfen werden nicht berührt, es bestehen keine Einwände zur Planung.</p>	<p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass die Belange der Stadt Bitterfeld-Wolfen durch die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht berührt werden und keine Einwände zur Planung bestehen.</p>
<p><u>Stellungnahme 22</u></p> <p>Stadt Südliches Anhalt vom 15.02.2021</p> <p>... hiermit teile ich Ihnen mit, dass die Stadt Südliches Anhalt zur Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke keine Einwände, Bedenken oder Hinweise hat. Belange der Stadt Südliches Anhalt sind nicht betroffen.</p>	<p>Anlage 22</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 15.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Stadt Bitterfeld-Wolfen folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass die Belange der Stadt Bitterfeld-Wolfen durch die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht betroffen sind und keine Einwände, Bedenken oder Hinweise zur Planung bestehen.</p>
<p><u>Stellungnahme 23</u></p> <p>Gemeinde Muldestausee vom 19.02.2021</p> <p>... mit Schreiben vom 04.02.2021, eingegangen bei uns am 10.02.2021, bitten Sie um Stellungnahme und Anregungen zur Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke im Rahmen unseres Mitwirkungsgebotes.</p> <p>Nach Sichtung der Unterlagen zu o. g. Planung der Stadt Raguhn-Jeßnitz mit Stand 29.09.2020 kann ich Ihnen mitteilen, dass die Gemeinde Muldestausee keine Bedenken oder Einwände zur Änderung hat. Es werden keine Belange der Gemeinde Muldestausee berührt.</p>	<p>Anlage 23</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz nimmt im Zuge der Abwägung Stellung zu den Anregungen der Gemeinde Muldestausee vom 19.02.2021.</p> <p>Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wird die Anregungen aus Sicht der Gemeinde Muldestausee wie folgt beachten:</p> <p>Es erfolgt die Kenntnisnahme, dass die Belange der Gemeinde Muldestausee durch die Innenbereichssatzung der Stadt Raguhn-Jeßnitz, OT Marke nicht berührt werden und keine Bedenken oder Einwände bestehen.</p>